Öffentliches Wirtschaftsrecht: Aufsicht, Förderung, Lenkung, Marktteilnahme

Prof. Dr. Markus Schott, LL.M.

Zürich, 11. März 2024

Inhaltsüberblick

Aufsicht

1. Charakterisierung staatlicher Aufsicht
2. Rechtliche Anforderungen an staatliche Aufsicht
3. Arten staatlicher Aufsicht

Förderung und Lenkung

1. Charakterisierung staatlicher Wirtschaftsförderung und -Lenkung
2. Rechtliche Anforderungen an staatliche Wirtschaftsförderung und -Lenkung
3. Arten staatlicher Wirtschaftsförderung und -Lenkung

Marktteilnahme

1. Charakterisierung staatlicher Marktteilnahme
2. Rechtliche Anforderungen an staatliche Marktteilnahme
3. Arten staatlicher Marktteilnahme

Aufsicht

1. Charakterisierung staatlicher Aufsicht

- Teil der Ordnungspolitik, d.h. relevant für die Definition der Wirtschaftsordnung
- Primär Schutz der Polizeigüter/Gefahrenabwehr: öffentliche Sicherheit, Gesundheit, Ordnung, Sittlichkeit und Treu und Glauben im Geschäftsverkehr
- Daneben weitere Zwecke: Schutz der Umwelt, Landschaftsschutz, Denkmalschutz etc.
- Besondere ordnungspolitische Bedeutung/Systemrelevanz der Aufsicht zur Gewährleistung eines wirksamen Wettbewerbs (Art. 96 BV)
- Kompetenz sektorspezifischer Fachbehörden

2. Rechtliche Anforderungen an staatliche Aufsicht

- Verbands- und Organkompetenz
- Anforderungen an einen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit (und andere Grundrechte, Art. 36 BV)
- Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftsfreiheit (Art. 94 BV)
- Koordination von Verfahren und Resultaten

Aufsicht

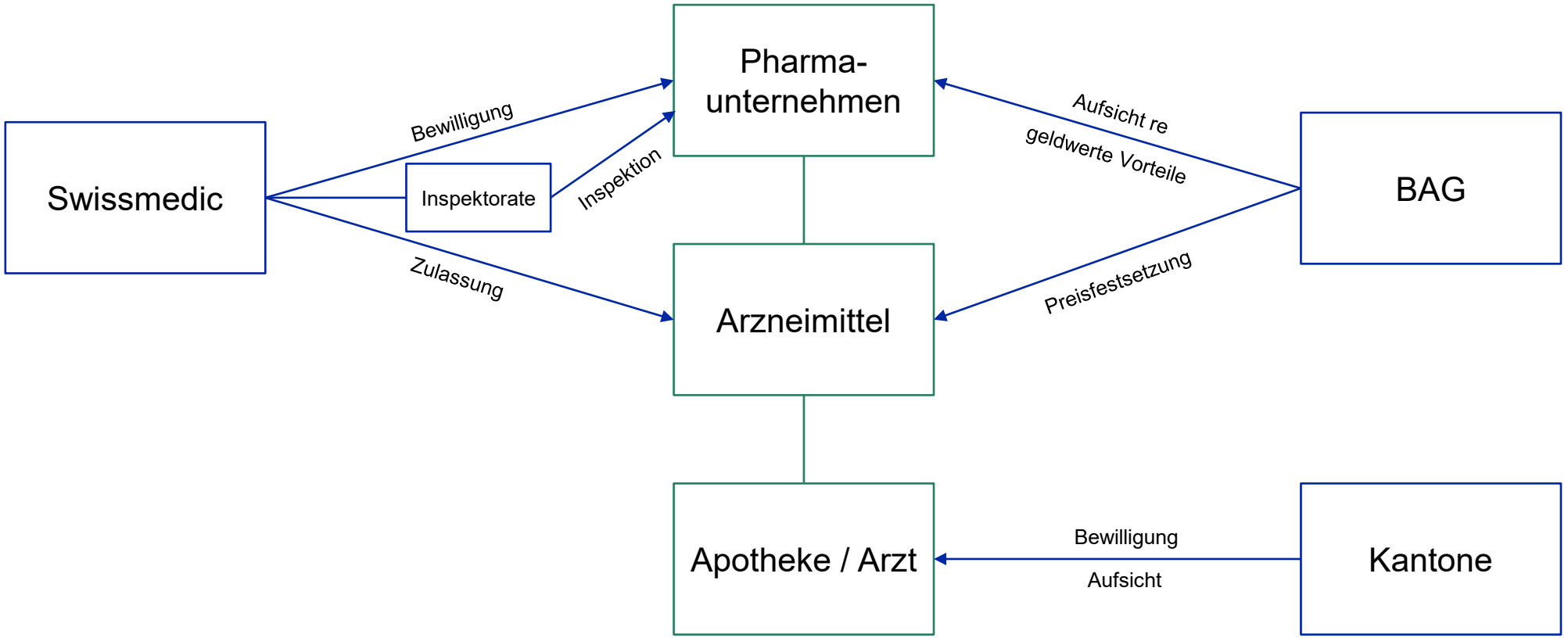
3. Arten staatlicher Aufsicht

- Aufsichtsgegenstand: Produktbezogene oder subjektbezogene Aufsicht
- Aufsichtsintensität: präventive/repressive Aufsicht; prudenzielle Aufsicht
- Aufsichtsinstrumente: Meldungen/Berichterstattung, Bewilligungen, Prüfungen/Inspektionen/Kontrollen, Sanktionen, informelle Mittel (Behördenaustausch, Rundschreiben, Informationsveranstaltungen)

Beispiel aus dem Gesundheitsbereich: staatliche Aufsicht im Spitalwesen

- Zuständigkeiten
- Zwecke
- Aufsichtsgegenstände

Fokus: Aufsichtsbehörden im Heilmittelbereich



Förderung und Lenkung

1. **Charakterisierung staatlicher Wirtschaftsförderung und -Lenkung**
   - (Typischerweise) Teil der Strukturpolitik, d.h. relevant für Zusammensetzung der Volkswirtschaft
   - Sowohl Leistungs- als auch Eingriffsverwaltung involviert
   - Anforderungen an das öffentliche Interesse? Problematik der "verdeckten" Strukturpolitik
   - Ökonomische Effizienz als Massstab? Grenzen zur Planwirtschaft?

2. **Rechtliche Anforderungen an staatliche Wirtschaftsförderung und -Lenkung**
   - Verbands- und Organkompetenz
   - Legalitätsprinzip
   - Gleichbehandlung der direkten Konkurrenten/Grundsatz der Wettbewerbsneutralität; allgemeines Gleichbehandlungsgebot
   - Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftsfreiheit (Art. 94, 103 BV)?
   - Vorgaben des internationalen Rechts

Förderung und Lenkung

3. Arten staatlicher Wirtschaftsförderung und -Lenkung

- Grund für Markteingriff: sektorale – regionale Wirtschaftsförderung/Strukturpolitik; daneben globale Wirtschaftsförderung
- Rechtliche Ausgestaltung: Anspruchs- oder Ermessenssubventionen; Steuererleichterungen; Kontingente/Bedürfnisklauseln; Monopole/Konzessionen; Preisvorschriften
- Förderinstrumente: Sachgüter (Infrastruktur) und Finanzmittel (Darlehen, à fonds perdu Beiträge etc.)
- Verbandskompetenz: Bund, Kantone, Gemeinden

Beispiel aus dem Gesundheitsbereich: staatliche Förderung/Lenkung im Spitalwesen

- Spitalplanung gemäss KVG
- Spitaltarife gemäss KVG
- Finanzierung stationärer Behandlungen gemäss KVG

Marktteilnahme

1. **Charakterisierung staatlicher Marktteilnahme**
   - Wirtschaftliche Bedeutung staatlicher Marktteilnahme (Staatsquote, Nachfragemacht etc.)
   - Sowohl Anbieter- als auch Nachfrageseite
   - Anforderungen an das öffentliche Interesse?
   - Ökonomische Effizienz als Massstab? Grenzen zur Staatswirtschaft?
   - Verbindung zur staatlichen Aufgabenerfüllung/Monopoltätigkeit (Spill Over Effekte)

2. **Rechtliche Anforderungen an staatliche Marktteilnahme**
   - Verbands- und Organkompetenz
   - Legalitätsprinzip und rechtsstaatliche Grundsätze
   - Grundsatz der Staatsfreiheit der Wirtschaft? Subsidiaritätsprinzip?
   - Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftsfreiheit (Art. 94, 103 BV)?

Marktteilnahme

3. Arten staatlicher Marktteilnahme

- Grund für nachfrageseitige Marktteilnahme: Bedarfsverwaltung (buy or make), Versorgungssicherheit
- Grund für anbieterseitige Marktteilnahme: Gewinnstrebigkeit (fiskalisch), Sozialpolitik, Effizienz der Verwaltungstätigkeit (sog. Randnutzung)
- Haushaltsrechtliche Einordnung: Finanz- oder Verwaltungsvermögen
- Anwendbares Recht: Privat- und/oder Verwaltungsrecht
- Verbandskompetenz: Bund, Kantone, Gemeinden

Beispiel aus dem Gesundheitsbereich: staatliche Marktteilnahme im Spitalwesen

- Kantons- und Bezirks-/Gemeindespitäler
- Zwecke/Auftrag
- Finanzierung
- Governance; Problematik der Mehrfachrollen des Trägergemeinwesens